

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen

Zu TOP 2 unter Zuladung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales
--

55. Sitzung
5. März 2015

Beginn: 10.05 Uhr
Schluss: 12.40 Uhr
Vorsitz: Anja Kofbinger (GRÜNE)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Ich rufe auf

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Selbstbestimmungsrecht von Frauen und
Schwangerschaftskonflikte**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0182](#)
ArbIntFrau

Hierzu gibt es eine Anhörung. Wird ein Wortprotokoll gewünscht? – Frau Sommer wünscht ein Wortprotokoll, dann soll das auch so sein. Ich begrüße die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Soziales, die dazugeladen wurden, und ich begrüße ganz besonders unsere Anzuhörende, die schon einen tollen Eindruck davon bekommen hat, wie lebhaft es in der Politik immer zugeht. Es ist Frau Dr. Griseldis Heß-Grützmaker von der Albatros Lebensnetzwerk gGmbH – Schwangerschafts- und Konfliktberatungsstelle als Sprecherin der Träger der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen im Paritätischen Wohlfahrtsverband. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat als Dachverband, in dem die Beratungsstellen in freier Trägerschaft, die die Anhörung vorbereitet haben, organisiert sind, vorab eine Powerpointpräsentation und eine Stellungnahme übermittelt, die von Frau Dr. Heß-Grützmaker vorgetragen werden wird. Wir hatten uns, da das schon zugeschickt wurde, verständigt, das sehr zu verkürzen, weil wir in erster Linie – Anhörung heißt, wir hören Ihnen natürlich zu – Fragen an

Sie haben und mit Ihnen in Dialog treten möchten. Die Powerpointpräsentation wird nicht über den Beamer vorgeführt, aber ich nehme an, alle haben in ihr E-Mailfach geguckt und sind darüber aufgeklärt. Dann kommen wir zur Begründung des Besprechungsbedarfs. Für Die Linke – Frau Sommer, bitte!

Evrin Sommer (LINKE): Danke, Frau Vorsitzende! – Wir haben diesen Besprechungspunkt angemeldet, weil wir der Meinung sind, dass diese ganze Problematik Selbstbestimmung von Frauen und Schwangerschaftskonflikte auch in diesem Ausschuss ein wenig unterbeleuchtet ist. Darüber hinaus haben wir mittlerweile auch einen fraktionsübergreifenden Antrag eingereicht. Tatsache ist, dass wir immer wieder darauf verweisen, dass Berlin eine Stadt mit Bevölkerungszuwachs ist, dass diese Tatsache auch immer positiv konnotiert ist und gesagt wird, wie schön es ist, dass die Menschen nach Berlin strömen. Aber es gibt auch Herausforderungen, die als Begleiterscheinung mit nach Berlin kommen. Damit meine ich Probleme wie Armut und hier speziell die Infrastruktur in Berlin insgesamt.

Wir haben die Anhörung angemeldet, weil auch die Beratungsstellen, speziell zu Schwangerschaftsabbrüchen, vor diesen Herausforderungen stehen und ihre finanzielle und personelle Ausstattung angepasst werden muss. Darum geht es. Es gibt eine Diskrepanz, dass immer mehr Menschen nach Berlin kommen und der personelle und finanzielle Status quo der Beratungsangebote nicht ausreicht. Diese Tatsache wird von unserem Senat, seit er im Amt ist, leider immer noch nicht anerkannt, bzw. dieses Bewusstsein ist immer noch nicht vorhanden. Deshalb haben wir diese Anhörung angemeldet. Ich will das jetzt nicht länger ausführen. Ich bin gespannt, was Frau Heß-Grützmaker uns zugespitzt sagen wird, bzw. auf ihre Forderungen. Das würden wir gern aufnehmen. – Vielen Dank, dass Sie gekommen sind!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Sommer! – Es gibt noch ein Schriftstück zur Kenntnisnahme, das hatte ich völlig vergessen bei der Vorstellung der verschiedenen Sachen. Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und die Piratenfraktion haben einen Antrag „Sexuelle Selbstbestimmung gewährleisten – Beratungsstellen bedarfsgerecht ausstatten“ dazu geschrieben, der am Mittwoch eingereicht wurde und am 12., am nächsten Donnerstag bei der Plenarsitzung auch auf der Tagesordnung stehen wird. Den haben wir Ihnen, obwohl er noch keine Drucksachenummer hat, zur Kenntnis gegeben, damit Sie vielleicht mal einen Blick darauf werfen. Damit werden wir uns sehr wahrscheinlich auch in einer Rede beschäftigen. – Das nur für Sie zur Kenntnis. Haben Sie diesen Antrag auch bekommen? – [Dr. Griseldis Heß-Grützmaker: In der Entwurfsform haben wir ihn bekommen!] – Gut, dann wissen Sie auch Bescheid, wovon ich gerade rede. – Frau Dr. Heß-Grützmaker, dann würde ich Sie um Ihre Stellungnahme bitten. Bitte sehr!

Dr. Griseldis Heß-Grützmaker (Sprecherin der Träger der Schwangerschaftskonfliktberatung im Paritätischen Wohlfahrtsverband): Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Gelegenheit, Ihnen in der sehr gebotenen Kürze, zu der ich noch mal aufgefordert wurde, die umfangreichen Aufgaben, die sich aus dem Schwangerschaftskonfliktgesetz für das Land Berlin ergeben, und die Aufgaben, die daraus auch für die nichtstädtischen Beratungsstellen erwachsen, darzustellen. Ich stehe hier – das wurde schon erwähnt – als Sprecherin der fünf Beratungsstellen des DPW. Wir sind seit längerem auch mit Abgeordneten im Gespräch, um Menschen, politische Verantwortungsträger, für das zu sensibilisieren, was Frau Sommer eben schon kurz skizziert hat.

Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung – damit gehe ich auch auf den Titel der Anhörung heute ein – verweist auf den gesetzlichen Anspruch – das möchte ich betonen – von Frauen und Männern, Familien, Alleinerziehenden, Jugendlichen, Mädchen und Jungen, sich in allen Fragen der Sexualität, Familienplanung, Verhütung, Schwangerschaft und Geburt auf fachlich hohem Niveau informieren und beraten zu lassen sowie individuelle Begleitung und Unterstützung zu erfahren. Dieser gesetzliche Anspruch ist im Schwangerschaftskonfliktgesetz formuliert – das ist in dieser fünfseitigen Stellungnahme auch ein Stück ausgeführt – und eine Pflichtaufgabe für jedes Bundesland. Um diesem Anspruch und damit den gesetzlichen Pflichtaufgaben gerecht zu werden, ist eine bedarfsgerechte Ausstattung, insbesondere auch der nichtstädtischen Beratungsstellen, unabdingbare Voraussetzung. Ich möchte hier vorausschicken – das steht auch in der Stellungnahme –, dass Berlin sehr wohl über ein plurales und wohnortnahes Angebot an Beratungsstellen verfügt. Das ist nicht der Punkt. Lassen Sie mich bitte kurz auf fünf Aspekte in diesem Zusammenhang eingehen. Ich verweise immer mal ein bisschen auf die Ihnen vorliegende Stellungnahme, weniger auf die Powerpointpräsentation, denn die enthält vor allen Dingen Zahlen. Auf die Fragen, die Sie interessieren, kann ich ggf. eingehen.

Wir möchten Sie als politisch Verantwortliche sensibilisieren für die äußerst umfangreichen Pflichtaufgaben, die sich nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz für die Beratungsstellen ergeben. Diese Aufgaben möchte ich selbstverständlich nicht vorlesen, denn sie sind auf Seite 1 sehr gut nachlesbar. Wer da ein bisschen liest, findet die Gesamtheit des Kanons rund um Schwangerschaft, Geburt, Familie, Verhütung und Familienplanung etwas dezidierter aufgelistet. Eine kleine Ergänzung nur: Das Gesetz ist ein lebendiges Gesetz und wird immer wieder erneuert. Das heißt, es kommen neue Aufgaben hinzu. Es kam die Beratung im Kontext Pränataldiagnostik dazu, es kam mit dem Gesetz über die vertrauliche Geburt auch dieser Aspekt der Beratung hinzu, es kam durch das Bundeskinderschutzgesetz die unabdingbare Verpflichtung aller Beratungsstellen hinzu, sich in wohnortnahe Vernetzungen zu begeben. All das bringt neue und umfangreiche Aufgaben mit sich.

Als Zweites möchte ich Sie auch gern sensibilisieren für die enormen Herausforderungen an die Beratungsstellen, die mit der konkreten Lebenssituation – Frau Sommer hatte schon zwei, drei Stichworte genannt – verbunden sind und zu einem erhöhten Beratungs- und Unterstützungsbedarf im Land Berlin führen. Diese haben wir cursorisch auf Seite 2 beschrieben, bzw. in der Powerpointpräsentation ist anschaulich nachvollziehbar, welcher Art diese konkreten Herausforderungen an diese Stadt und in dieser Stadt sind.

Wir möchten Sie weiterhin gern sensibilisieren und zum Nachdenken bringen, was die Leistungen der Beratungsstellen in nichtstädtischer Trägerschaft anbelangt. Diese finden Sie auf Seite 2f. Sie haben daraus entnommen, dass ein Großteil von sozialen Beratungen, die sogenannte §-2-Beratung und auch Schwangerschaftskonfliktberatungen, durch nichtstädtische Beratungsstellen geleistet werden. Insbesondere seit der Reform des öffentlichen Gesundheitsdienstes 2008, in der aus zwölf sozialmedizinischen Zentren fünf Zentren für sexuelle Gesundheit und Familienplanung entstanden sind, haben diese Beratungsstellen nichtstädtischer Trägerschaft einen enormen Zuwachs erhalten. Die Stellensituation, die Zumessungssituation, die personelle Ausstattung hält diesem nicht stand und geht mit diesem, grob gesagt, nicht in dem erforderlichen Maß mit.

Wir möchten Sie seitens der Politik dringlich auf die – das ist auch schon kurz angeklungen – sich leider seit ca. 2013 mindestens verstärkende Schere zwischen dem wachsenden Beratungsbedarf einerseits und den gleichbleibend bzw. abnehmenden Personalstärken andererseits hinweisen, bedingt durch die mangelnde finanzielle Ausstattung. Wir möchten Sie dringlich darauf hinweisen bzw. für die aktuelle Problematik sensibilisieren, die sich daraus ergibt, die wir auf Seite 3f. dargestellt haben. Es geht letztendlich, ganz grob zusammengefasst, um eine Gefährdung der Erfüllung der gesetzlichen Pflichtaufgaben. Das sind keine beliebigen Aufgaben, sondern das sind im Gesetz festgeschriebene und – wie ich schon erläutert habe – sich immer wandelnde und erweiterbare Aufgaben.

Es kann aus unserer Sicht nicht angehen, dass wir die geforderte Kurzfristigkeit von Beratungen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz – würde der Abbau – in Anführungsstrichen – so weitergehen – nicht gewährleisten können. Das geht nicht. Das widerspricht dem Gesetz. Wir können das nicht für gut befinden und verwahren uns dagegen, dass wir diesen Bedarfen, die geschildert wurden, und aus der konkreten sozialen Situationen, die Berlin nun mal hergibt, dass wir längerfristige Beratungsbedarfe, die mit der Komplexität der Lebenssituationen entstehen, nicht gerecht werden können und nicht auf hohem fachlichen Niveau, was diese Beratung auch gesetzlich fordert, dem können wir nicht Genüge tun. Letztendlich können wir diese Vernetzungsaufgaben, die sich aus dem Bundeskinderschutzgesetz ergeben, nicht erfüllen, und gerade Berlin legt sehr viel Wert auf das Thema Kinderschutz. Es gibt viele Initiativen auch seitens der Verwaltung und der Politik.

Zum Schluss möchten wir Sie dringlich sensibilisieren in die Richtung, dass es Ungleichheiten in der tariflichen Vergütung von nichtstädtischen und kommunalen Beratungsstellen gibt. Wir leisten sicher nicht identische Arbeit, denn der öffentliche Gesundheitsdienst hat hoheitliche Aufgaben, die wir nicht haben, aber Sie sehen ja die Zahlen, was die städtischen Beratungsstellen leisten – die sind nicht schlecht –, und wir werden nicht vergleichbar bezahlt. Wir haben im Jahr 2013 33,3 Prozent der tariflichen Anpassungssumme bekommen, und wir haben im Jahr 2014 48,5 Prozent der tariflichen Anpassungsleistung – nehmen wir den TV-L Berlin als Vergütungsbasis – bekommen. Das ist eine Situation, die wir nicht gut finden, für die wir Sie gern sensibilisieren möchten. Letztendlich finden Sie auf Seite 4 – das möchte ich nicht wiederholen – die entsprechenden Bedarfe, den Handlungsbedarf, der daraus erwächst, und die Forderungen, für die wir Sie gern sensibilisieren und als politische Verantwortungsträger gern mit ins Boot nehmen möchten. – Damit beende ich meine Ausführungen und bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Heß-Grützmaker! – Wir kommen jetzt zur Stellungnahme der Senatsverwaltung. Die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen verzichtet zugunsten der Stellungnahme der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales. Die hier anwesende Vertreterin ist Frau Dr. Lilienthal. – Möchten Sie Stellung nehmen?

Dr. Eike Lilienthal (SenGesSoz): Ich will mich kurz vorstellen: Ich bin in der Gesundheitsverwaltung verantwortlich für den Bereich Familienplanung und auch für das Schwangerschaftskonfliktgesetz. Wir sind auch für die Finanzierung der Schwangerenberatungsstellen zuständig, und da ergibt sich tatsächlich die von Frau Dr. Heß-Grützmaker dargestellte Situation. Wir haben in den letzten ein, zwei Jahren in der Praxis eine zunehmende Schwierigkeit, den Bestand so, wie er seit vielen Jahren hier in Berlin aufgebaut wurde, zu halten, da der Etat nicht ausreicht und wir im letzten Jahr auch aus anderen Bereichen etwas drauflegen mussten, um wenigstens halbwegs den Bestand wie in den letzten Jahren zu halten. Es ist nicht so, dass wir viel Spielraum haben. Die finanziell wirksamen Bereiche sind Personal- und Sachkosten, Mieten, Strom. Es gibt gar nichts extra, wo wir noch Manövriermasse haben, große Ausgaben für Fortbildung usw. Das bezieht sich wahrscheinlich zu 98 Prozent auf die Personalkosten und die Sachmittel, sodass wir gar keinen Spielraum und damit ein Problem haben. Wir haben das bei der Aufstellung für den nächsten Doppelhaushalt berücksichtigt. Wir haben auch das Problem, dass der Beratungsstellenschlüssel schon geringfügig zurückgegangen ist, weil wir Stunden kürzen mussten, sodass wir jetzt geringfügig unter dem geforderten Beratungsstellenschlüssel nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz liegen, sodass wir in eine enge Situation gekommen sind. Das wird sich in diesem Jahr weiterhin so abbilden.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Danke schön, Frau Dr. Lilienthal! – Wir kommen zur Aussprache. – Frau Bangert, bitte!

Sabine Bangert (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Heß-Grützmaker, für Ihren Input, auch für die ausführliche Stellungnahme! Sie fokussieren sehr stark auf die wirtschaftliche Situation. Sie haben bei den Punkten, warum in dieser Stadt erhöhter Beratungsbedarf besteht, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die Ausbildungssituation, einen hohen Anteil an SGB-II-Empfängerinnen, also die wachsende Armut in dieser Stadt, angeführt. Vielleicht können Sie noch etwas zu den Menschen sagen, die sich bei Ihnen beraten lassen – wie spiegelt sich das wider? –, die sich aus der wirtschaftlichen Situation oder Angst vor dem Arbeitsplatzverlust einen Schwangerschaftsabbruch in Erwägung ziehen.

Die Senatsverwaltung für Gesundheit hat es ja gesagt. In einer wachsenden Stadt mit wachsenden Problemlagen muss die Politik auch die Beratungsangebote entsprechend ausstatten. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, und dass wir in diesem Ausschuss immer wieder über solche Sachen diskutieren müssen und es nicht automatisch passiert, ist schon ein Armutszeugnis.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Frau Dr. Heß-Grützmaker! Wir sammeln die Fragen, und zum Schluss machen wir eine oder zwei Antwortrunden, je nachdem, wie viele Fragen aufkommen. – Herr Kowalewski, bitte!

Simon Kowalewski (PIRATEN): Ich habe gar keine Frage. Frau Heß-Grützmaker! Ihr Vortrag hat alle Fragen beantwortet, vor allem in Verbindung mit den wirklich guten Unterlagen, und zumal es die Senatsverwaltung vollumfänglich bestätigt hat. Deswegen sehe ich gar kei-

nen großen Diskussionsbedarf bei dem Thema. Ich gehe davon aus, dass wir das Problem erkannt haben. Ich hoffe, dass Herr Isenberg sich dem gleich anschließt. Wir haben einen Antrag vorliegen, den wir in der nächsten Plenarsitzung behandeln, der genau auf das abstellt, der die Beratungsstellen personell sinnvoll ausstatten möchte, sodass sie ihren Aufgaben gerecht werden können, und auch dafür sorgen soll, dass die nichtkommunalen Träger ihre Mitarbeiterinnen nach einem Schlüssel bezahlen können, der an den öffentlichen Dienst angelehnt ist. Letztlich würde das die Probleme, soweit Sie die jetzt beschrieben haben, abstellen. Von daher können wir das relativ kurz machen.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Danke, Herr Kowalewski! – Herr Isenberg, bitte!

Thomas Isenberg (SPD): Vielen Dank für die Stellungnahmen! Meine erste Frage bezieht sich auf den Stellenschlüssel. Die Senatsgesundheitsverwaltung führte eben aus, dass der Stellenschlüssel geringfügig unterdeckt sei. Vielleicht könnten Sie das noch mal präzisieren.

An den Paritätischen habe ich die Frage: Stellen Sie diesen Stellenschlüssel per se infrage, dass der nicht ausreichend wäre, oder geht es Ihnen um diese marginale Unterdeckung zum bestehenden Stellenschlüssel? – Zweitens: Können Sie vom Paritätischen noch mal im Detail darlegen, welche Aufgaben, die Sie als zusätzliche Aufgaben beschreiben, PND, Gendiagnose, frühe Hilfen, vertrauliche Geburt, anfallen und wie viele Prozent dieses von der Beratungszeit und von den Stellen binden würde, was Sie als neue Aufgaben beschreiben? – Drittens: Ist dieser Prozentsatz in dem Stellenschlüssel abgebildet, der momentan die Norm darstellt?

An die Senatsgesundheitsverwaltung: Wie diskutieren Sie – ich stelle fest, dass die Federführung hier bei der Gesundheitsverwaltung liegt – dieses Thema, und wie haben Sie sich dem bei den Haushaltsvoranmeldungen genähert?

Vorsitzende Anja Kofbinger: Damit hat Herr Isenberg alle meine Fragen abgeräumt. Sehr schön! – Frau Haußdörfer, bitte sehr!

Ellen Haußdörfer (SPD): Vielen herzlichen Dank, auch dafür, dass wir hier heute darüber reden können! Ich möchte erst mal herzlichen Dank sagen! Wir hatten schon länger Gespräche auch mit den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, auch mit Frau Seeliger zum Beispiel, und ich sehe einige Akteurinnen im Saal. Von daher finde ich es sehr gut, dass es hier mal so übergreifend stattgefunden hat. Sonst laden wir den Arbeitsausschuss in den Gesundheitsausschuss ein, und dieses Mal ist es anders herum.

Sie hatten gesagt, dass Sie mit einem sehr lebendigen Gesetz konfrontiert sind, das sich ständig ändert. Deshalb die Frage: Gibt es eine regelmäßige Begutachtung, Bewertung, Kontrolle, ob die übertragenen neuen Aufgaben auch so ausgefüllt werden können? Das betrifft die Fortbildung der Mitarbeiterinnen genauso wie die Bezahlung, was schon angesprochen wurde. Es ist in der Regel der Fall, dass man sich, wenn man Aufgaben an eine andere Stelle delegiert, an der Stelle, von der man es delegiert hat, bestimmte Einsparungen verspricht, im besten Fall Synergien und Effizienzgewinne, aber auf der anderen Seite durchaus auch finanzielle Gewinne. Deshalb die Frage, ob es denn an anderer Stelle zum Beispiel Zuschüsse oder andere Mittel gab, außer denen, die von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales im Haushalt abzubilden sind.

Die zweite Frage: Beim Kinder-, Jugend- und Gesundheitsdienst machen wir es uns nicht leicht, sondern man möchte nah beim Kunden sein. Kurze Beine, kurze Wege gilt bei der Grundschule, und deshalb die Frage: Finden Sie, dass es eine bedarfsgerechte Verteilung über die ganze Stadt gibt? Sie führen aus, dass es bestimmte Problemlagen in der Hauptstadt gibt, aber nichtsdestotrotz gibt es wahrscheinlich in Wannsee und in Tegel Schwangerschaftskonflikte, die es zu beraten gilt, und nicht jeder fährt nach Lichtenberg. Deshalb ist für mich die Frage, wie Sie die Verteilung der Angebote in der Stadt sehen.

Es gab noch die Frage, dass es nicht nur einen personellen Engpass bei Ihnen gibt, sondern auch aufseiten der Verwaltung. Ich kann mich daran erinnern, dass es durchaus Schwierigkeiten bei der Kontrolle, Bewertung und Bewilligen der entsprechenden Anträge gab. Konnte dieser personelle Engpass jetzt behoben werden? Es ist auch immer eine Frage, wie schnell Anträge bewilligt werden können, die zu einer gewissen Sicherheit bei Trägern und den Akteuren führen.

Welche Aktivitäten und Maßnahmen bilden sich konkret aus dem im Sommer 2013 verabschiedeten Bundesgesetz zur vertraulichen Geburt im Land Berlin ab?

Zum Schluss möchte ich Danke sagen. Ich persönlich war zu dem Zeitpunkt, als wir uns getroffen haben, auch schwanger, aber nichtsdestotrotz war ich mit einer Freundin im letzten April bei der Stelle in Lichtenberg. Sie hat sich bewusst dafür entschieden, diese Beratung bei einer städtischen Stelle zu machen und nicht zum Beispiel bei einem konfessionell gebundenen Träger. Ich habe das mitverfolgen dürfen. Es gab eine sehr gute und vor allem neutrale Beratung. Meine Freundin hat sich dafür entschieden, ihr Kind zu behalten, und ich glaube, ohne Pia sähe das Leben einen kleinen Sonnenschein weniger. Nichtsdestotrotz war das sehr offen und ehrlich. Von daher hoffe ich, dass wir uns auf diesem Weg weiterbewegen können, dass diese neutrale, umfassende Schwangerschaftsberatung, ob im Konfliktfall oder weiteren Problemlagen, weiterhin gewährleistet werden kann.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Haußdörfer! – Frau Sommer, bitte!

Evrin Sommer (LINKE): Vielen Dank! – Vielen Dank an Frau Lilienthal, dass Sie bestätigt haben, was Frau Heß-Grützmaker gesagt hat, dass ganz aktuell eine personelle Ausstattung erforderlich ist, um den gesetzlichen Ansprüchen überhaupt gerecht zu werden. Da wäre meine Frage, ob Senator Czaja beim Finanzsenator Gelder angemeldet hat, um dem zu begegnen. Sie sind ja auch der Meinung – ich finde gut, dass Sie das endlich mal anerkannt haben –, dass die Situation eine andere Reaktionen erfordert. Ich finde es gut, dass sich zwei Ausschüsse mit diesem Thema auseinandersetzen, Frau Haußdörfer! Sie müssen aber auch sagen, was daraus folgt. Es ist toll, dass Sie hier sind, aber den Worten müssen auch Taten folgen. Es reicht nicht, allein nur zu beraten. – Das dazu.

Eine andere Frage wäre bezüglich Flüchtlingsfrauen. Wir haben zunehmend mehr Flüchtlinge in Berlin. Sie kennen die ganze Problematik mit der Unterbringung, und da wäre meine Frage, inwieweit auch Flüchtlingsfrauen Sie aufsuchen, und wie Sie diesen Frauen begegnen. Können Sie überhaupt Beratungsangebote aus ihrem Status heraus machen, wenn es Flüchtlinge sind mit ungeklärtem Status oder die sich noch im Asylverfahren befinden oder gerade Asyl beantragt haben? Wie ist die Problematik, können Sie die auch beraten? Die finanziellen Mit-

tel haben Sie ja nicht. Wo werden sie aufgefangen? Wie wird das überhaupt gehandhabt? Das würde ich gern wissen.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Sommer! – Frau Vogel, bitte!

Katrin Vogel (CDU): Vielen Dank! – Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass in diesen Beratungsstellen eine wirklich wichtige Arbeit geleistet wird, auf die wir auch nicht verzichten wollen. Mich würde interessieren, ob man die Arbeit, die Sie leisten, prozentual in Arbeitsbereiche aufteilen kann. Was ist das Hauptthema oder die häufigste Beratungsleistung, die anfällt? Mich würde die Aufteilung Ihrer Leistungen interessieren.

Zu der Powerpointpräsentation und den Zahlen, die Sie uns geschickt haben, möchte ich anmerken, dass ich mir gewünscht hätte, dass die Zahlen ein wenig aktueller sind. Sie reden da immer noch von einer Arbeitslosenquote von 14 Prozent. Davon sind wir in Berlin schon lange weit weg. Wir haben eine Arbeitslosenquote, die so gering ist, wie schon lange nicht mehr. Auch die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche geht drastisch zurück, sicherlich auch aufgrund Ihrer Tätigkeit, das will ich gar nicht in Abrede stellen. Aber das sind Sachen, die hätten erwähnt werden können. – Danke!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Vogel! – Herr Freiberg, bitte!

Michael Freiberg (CDU): Danke, Frau Vorsitzende! – Es versteht sich von selbst, dass das Spektrum der Aufgaben, die hier in der Stadt wahrgenommen werden, elementar und wichtig ist – das wurde ja auch dargestellt –, und darüber gibt es sicherlich einen Konsens.

Mich interessieren die Antworten auf konkreten Fragen, die Herr Isenberg gestellt hat. Mich würde interessieren, wie wick das anders gewichtet, weil ich bisher die Versorgungssituation gesehen habe, darauf kann ich hinweisen. Herrn Reinhardt wird es freuen, dass ich fünf Jahre lang Gesundheitsstadtrat in Neukölln war und auch einen gewissen Erfahrungsschatz in diesem Bereich mitbringe.

Liebe Frau Sommer! Lieber Hakan Taş! Ich bitten, das zu hören, was gesagt wurde und nicht das zu hören, was man gehört haben möchte. Wenn ich es richtig verstanden habe, haben wir hier eine Entwicklung, auf die man aktuell eingeht. Ich verstehe es so, dass sich der Senat – mit einer Stimme – zurzeit in den Haushaltsberatungen befindet. Er wird die Schwerpunktsetzung machen. Sie können sich erinnern, liebe Frau Sommer, an Ihre zehn Jahre Regierung. Die Bilanz müssen Sie selbst für sich ziehen.

Wir haben eine jetzt Nachtragshaushaltsberatung. Die erste Lesung werden wir am Donnerstag haben, und dann gibt es natürlich die Beratung zu den Haushaltsangelegenheiten. Es gibt die Anmeldungen der Fachreferate, der Abteilungen, der Senatsverwaltungen, und ich glaube, wenn ich das so richtig verstehe, mit dem Überblick, den ich in Ansätzen habe, dass auch die wachsende Stadt, aber auch die besonderen Herausforderungen, die wir in dieser Stadt haben, aufgrund der großen Flüchtlingsproblematik, die auch unstrittig ist – auch diese Diskussion führen wir im Hauptausschuss immer wieder – Berücksichtigung findet. Das sehen Sie im Nachtragshaushalt, das werden Sie auch im neuen Haushaltsplan für 2016 und 2017 sehen, der uns im Entwurf vorgelegt wird.

Das soll heißen: Ich mag es gar nicht, wenn man hier Dinge verspricht, die man nicht halten kann. – Was ich Ihnen als Teil der Koalition versprechen kann, aus Sicht der CDU-Fraktion, ist, und das sage ich auch als finanzpolitischer Sprecher, dass probieren, soweit wir es können, diese Sache zu unterstützen. Aber Dinge zu versprechen, die man nicht halten kann, davon halte ich nichts. Daran messen Sie mich dann immer. Das Besserstellungsverbot ist Ihnen bekannt. Darüber hinauszugehen, finde ich beachtlich, aber auch dabei gibt es rechtliche Grenzen. In diesem Sinne danke ich Ihnen für diese sehr wichtige Arbeit, die Sie in Ergänzung zu den anderen machen! Sicherlich werden wir als Koalition unseren Beitrag leisten, dass diese Arbeit nicht nur beständig weitergeführt, sondern auch verbessert werden kann.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Das hört Frau Heß-Grütmacher bestimmt sehr gern. – Frau Breitenbach!

Elke Breitenbach (LINKE): Ich habe eine Ergänzung zu dem, was Frau Sommer gesagt hat. Mich würde interessieren, inwieweit sich die Zahl der Fälle mit der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit erhöht hat. Eine ganze Reihe von Leuten erzählen, dass viele Menschen die Angebote des öffentlichen Gesundheitsdiensts wahrnehmen. Sie hatten gesagt, dass bei Ihnen mehr Fälle aufgetreten sind, nach dem die Anzahl der Stellen des ÖGD gekürzt wurde. Vielleicht haben Sie einen Überblick darüber, wie sich das zusammensetzt: nicht nur auf die Flüchtlinge bezogen, sondern insgesamt auf Menschen mit Migrationshintergrund und neue Einwanderinnen.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Danke, Frau Breitenbach! – Jetzt kommen wir zur Antwortrunde. Das erste Wort hat immer die eingeladene Anzuhörende. – Frau Dr. Heß-Grütmacher, bitte schön! Sie haben viele Fragen bekommen.

Dr. Griseldis Heß-Grütmacher (Sprecherin der Träger der Schwangerschaftskonfliktberatung im Paritätischen Wohlfahrtsverband): Ich hoffe, ich habe sie adäquat erfasst und notiert. Frau Bangert! In Ihrer Frage ging es um die konkrete wirtschaftliche Situation, Faktoren in der Beratung. Es ist sehr mannigfaltig, wie sich dieser wirtschaftlich prekäre Faktor, den Berlin nun mal hat, auswirkt. Es ist sehr schön, dass die Arbeitslosenquote gesunken ist. Die Zahlen, das gebe ich zu, sind nicht alle brandaktuell, aber wir haben diese Powerpointpräsentation ständig weiterentwickelt, und da müssen wir noch ein bisschen nacharbeiten. Es gibt nach wie vor diese prekären wirtschaftlichen Verhältnisse und die entsprechend hohe Zahl – knapp 20 Prozent – an Menschen, die ALG II beziehen. Das wirkt sich natürlich in unterschiedlichen Situationen aus. Ich habe mir noch mal eine Tabelle über die Jahre angeschaut. Wir haben als Grund, Schwangerschaften abzurechnen, sich nicht für eine Schwangerschaft zu entscheiden, nach wie vor einen hohen Prozentsatz von Frauen, die sagen: Wir können es uns wirtschaftlich nicht leisten. Wir können es nicht finanzieren. Das Familieneinkommen ist zu gering. – Das mischt sich manchmal mit Arbeitsplatzgründen. Es gibt dieses Schwangerschaftskonfliktformular, das ist übrigens auch ein Kontrollformular, weil vorhin auch die Frage der Kontrolle bestand. Wir müssen jedes Jahr, im Prinzip vierteljährlich, statistische Abfragen über die Gründe, Schwangerschaften nicht auszutragen, einreichen. Das ist in einige Kategorien unterteilt. Alles ist gut nachlesbar in dem Gesundheitssystem, das Berlin seit zwei Jahren ins Netz stellt – www.gsi-berlin.info –, sehr gut detailliert, sehr gut aufgeschlüsselt, und dort kann man sehr gut nachlesen, dass das Frauen in wirtschaftlicher Not sind.

Natürlich gibt es, das verweist auf den anderen Faktor, mit dem wir es in den Beratungen zu tun haben, vom Land Berlin die Stiftung. Es gibt Stiftungsleistungen, wo es Frauen ermöglicht wird, einen gewissen Startbonus zu bekommen. Gerade Frauen, die ALG II bekommen, bekommen eine gewisse Grundausstattung für Babyerstaussattung, Schwangerenbekleidung. Das reicht nicht hinten und nicht vorn. Ich kann mir schwer vorstellen, wie man für 100 Euro einen Kinderwagen oder ein Kinderbett kaufen kann. Das ist eine Entwicklung, die zugenommen hat. Die Zahlen sind auch in der Powerpointpräsentation vorhanden, die möchte ich nicht wiederholen. Die Stiftung ermöglicht es den Frauen, einen gewissen Startbonus zu bekommen. Das ist natürlich ein Tropfen auf den heißen Stein. Das bedeutet ja keine fortwährende wirtschaftliche Existenzsicherung. Wir haben es in den sogenannten sozialen Beratungen mit vielen Frauen zu tun, die zwar erwerbstätig sind, teilweise auch Vollzeit, die aber sogenannte Aufstocker sind, die sich mit ihrer Tages- und Wochenleistung, mit ihrer Berufstätigkeit nicht finanzieren können, und das sind immer bestimmte Gewerbe. Das ist das vor allen Dingen das Dienstleistungsgewerbe, das sind die Selbständigen – das ist auch in der Powerpointpräsentation drin –, die bei Hartz IV landen oder hart daran vorbeischlittern. Also, wir haben vielfältige Faktoren, Auswirkungen, mit diesem Faktor wirtschaftliche Situation von Frauen in Berlin.

Herr Kowalewski! Sie hatten keine Frage, dann kann ich gleich zu Herrn Isenberg kommen. Hier ging es um den Stellenschlüssel und die zusätzlichen Zeiten, die für diese neuen Aufgaben nach Schwangerschaftskonfliktgesetz gebraucht werden, vorgehalten werden müssen. Dazu kann ich Ihnen leider keine Zahlen nennen. Wir sind fünf Beratungsstellen. Ich will sie noch mal nennen: Pro Familia, Balance, der Träger Frau und Familie, zweimal Albatros Lebensnetz gGmbH in Lichtenberg und Friedrichshain und der Humanistische Verband, der die Beratungsstelle in Pankow hat. Wir haben in unterschiedlicher Art und Weise mit diesen Schwerpunkten zu tun. Große Beratungsstellen wie Pro Familia, die Ärztinnen haben, haben es per se mehr mit diesen Beratungen zu tun. Kleinere Beratungsstellen haben manchmal Beraterinnen wie die Beratungsstelle von Albatros in Friedrichshain, die eine Beraterin speziell für diese pränatal-diagnostische Beratung vor, während und nach der Geburt qualifiziert hat. Das ist immerhin eine zwei- oder dreijährige Ausbildung, die nebenberuflich geleistet wird. Die haben mehr Beratungen als zum Beispiel wir in Lichtenberg. Wir haben relativ wenig. Es gibt auch unter den geförderten Beratungsstellen der Senatsverwaltung eine Beratungsstelle von Donum Vitae am Ku'damm, die speziell mit diesem Thema befasst ist und die einen hohen Prozentsatz an diesen Beratungen hat. Die Zahlen müssten Sie konkret bei der Senatsverwaltung erfragen. Die hat natürlich die entsprechenden Statistiken. Das kann ich jetzt nur so im Allgemeinen beantworten. Das würde auch die Frage beantworten, inwieweit das im Stellenschlüssel abgebildet ist. Das kann man so genau nicht sagen. Da müsste man Zahlen haben, die das auseinanderdividieren.

Frau Haußdörfer! Zu Ihrer Frage, inwieweit unsere Arbeit begutachtet, bewertet, kontrolliert wird, wie auch immer, siehe die Ausführungen des Schwangerschaftskonfliktgesetzes in den §§ 5 und 6. Die Schwangerschaftsberatungen werden dokumentiert, das hatte ich schon gesagt, in dem Sinne auch kontrolliert. Die Zahlen müssen veröffentlicht werden. Andere Kontrollen erfolgen insofern, als dass wir jährlich sehr umfangreiche Sachberichte bei der Senatsverwaltung abliefern müssen, die auch statistische Aussagen und auch sachliche Aussagen beinhalten in Richtung: Wo sind die Probleme? Wo ergeben sich Schwerpunkte? Wo sehen wir Handlungsbedarfe? – Das wird in den entsprechenden Sachberichten ausgewiesen.

Inwieweit die Senatsverwaltung das Kontroll- oder Regulierungsinstrument benutzt, kann ich Ihnen nicht sagen. Es ist bei uns noch nicht angekommen, dass man uns auffordert: Machen Sie mehr Beratungen! – oder: Tun Sie dieses oder jenes! – Ich kann mich an eine Diskussion erinnern, die es vor zwei oder drei Jahren gab. Wir sollten möglichst irgendwie Beratungskennziffern prognostizieren, also, wie viele Beratungen denn im nächsten Jahr kommen werden. Die Diskussion ist Gott sei Dank nicht weitergeführt worden, denn das Gesetz per se schließt eine solche Kennziffer, Planziffer – wie auch immer ich die bezeichnen will, ich weiß nicht, wie man die haushaltstechnisch korrekt bezeichnet – aus. Das geht schlicht nicht. Wir können unsere Arbeitszeit nur teilweise planen. Die Frauen haben einen Anspruch auf die Kurzfristigkeit von Beratungen, und das ist nicht nur die Schwangerschaftskonfliktberatung. Wenn eine Frau in einer wirtschaftlich prekären Situation in der 39. Schwangerschaftswoche zu uns kommt, und sie weiß nicht mehr, wo ihr der Kopf steht, weil der Mann arbeitslos geworden ist, weil die Wohnung teurer geworden ist, weil ein Einkommen weggebrochen ist, was auch immer, dann versuchen wir, diese Frauen – das versuchen wir, das zu gewährleisten, da kommt diese Diskrepanz zustande, von der ich gesprochen habe – unverzüglich und so schnell es geht zu beraten. Wir sind überhaupt nicht glücklich, wenn wir diese Frauen wegschicken oder sie trösten müssen. Das kann nicht sein. Wir versuchen immer, auch zu schieben. Zum Beispiel ist es bei uns so, bei anderen, glaube ich, auch: Wir gucken immer, wann die Frau den Entbindungstermin hat und sehen: Gott sei Dank! Wir haben noch ein bisschen Zeit und können Sie ein bisschen nach hinten schieben. Wir müssen die vorziehen, die ganz dringenden Handlungsbedarf haben. Das vielleicht noch dazu.

Zuschüsse: Alle nichtstädtischen Beratungsstellen sind verpflichtet, Eigenmittel einzunehmen. Wir werden nicht prinzipiell komplett zu 100 Prozent finanziert. Das ist vielleicht auch noch mal wichtig. Die sogenannten Eigenmittel, Drittmittel, wie auch immer, sind bei unterschiedlichen Beratungsstellen auch unterschiedlich. Das ist ein bisschen aus der Struktur heraus gewachsen, aber wir müssen diese dennoch erwirtschaften. Ich kann als Beispiel nur sagen, dass unsere Beratungsstelle diese in einem hohen Maße durch sozialpädagogische Präventionsarbeit erwirtschaftet. Die Schüler kommen zu uns und zahlen 1,50 Euro. Wir erwirtschaften die durch Kurse, die wir durchführen. Eine Kollegin bietet Babymassage an. Wir führen teilweise Veranstaltungen für Schulen durch, wo Multiplikatoren einen kleinen Obolus leisten müssen. Das sind Zuschüsse im Sinne von eigen zu erwirtschaftenden Mitteln. Andere Zuschüsse kann ich zumindest für die Beratungsstellen unseres Trägers ausschließen. Die haben wir nicht.

Bezüglich der bedarfsgerechten Verteilung über die Stadt sind sicher durch die Reform des ÖGD, also die Fusion von zwölf sozialmedizinischen Diensten zu Zentren, Standortveränderungen passiert. Wir haben z. B. im Ostteil nur einen öffentlichen Träger, das heißt, das Zentrum Marzahn-Hellersdorf deckt den gesamten Ostteil ab. Das ist sicherlich eine Verschlechterung. Auf der anderen Seite haben wir nichtstädtische Kommunale, die das ein bisschen auffangen. Wir haben in Pankow Beratungsstellen. Wir haben in Lichtenberg zwei Beratungsstellen. Wir sitzen auch zu zweit hier, Balance und unsere Beratungsstelle in Friedrichshain. Es gibt in Neukölln nichtstädtische Beratungsstellen. Das Netz an sich – ich wage mich jetzt ein bisschen weit vor – würde ich nicht unbedingt ausweiten wollen, sondern es geht darum, die, die da sind, ordentlich zu finanzieren und auszustatten und nicht, wie Frau Lilienthal unterstützend kommentiert hat, weiter herunterzufahren. Bezogen auf unsere Beratungsstelle ist es so, dass wir dieses Jahr wieder nicht die halbe Stelle, die wir beantragt haben, bekommen. Das heißt, wir haben wieder reduziertes Personal in diesem Jahr. Das ist ein ganz praktisches Beispiel.

Welche Maßnahmen es bezüglich der vertraulichen Geburt gibt, müssten Sie Frau Lilienthal fragen, Frau Haußdörfer. Das würde ich jetzt nicht an meine Adresse verstanden wissen.

Frau Sommer und Frau Breitenbach haben gefragt, wie es mit den Flüchtlingsfrauen aussieht. – Selbstverständlich können diese Frauen Beratungen in Anspruch nehmen, aber es gibt Hürden, und die Hürden sind vor allen Dingen sprachlicher Natur. Wir haben leider nicht mehr die Möglichkeit über den Gemeindedolmetscherdienst. Das war eine Initiative, kostenfreie Beratungen und Dolmetscherleistungen zu bekommen. Das muss organisiert werden, und das ist eher eine Hürde, die sich aus meiner Sicht als relativ hoch darstellt. Ein positives Beispiel ist immer da, wo Träger von Flüchtlingsheimen sehr gut in der Betreuung von Flüchtlingen aktiv sind. Wenn ich an das eine Heim bei uns in Lichtenberg – ich kann letztlich nur für uns sprechen – denke, dann ist die Zusammenarbeit relativ gut. Die ist mal dichter und mal nicht so dicht, aber da kommen durchaus Frauen auch an. – [Fabio Reinhardt (PIRATEN): In Lichtenberg die Erstaufnahmestellen!] – Nein, ich meine das Heim von der AWO in der Rhinstraße. Das läuft ganz gut, aber auch da scheitert es oft an Hürden oder an diesen sprachlichen Hürden. Der Kinder- Jugendgesundheitsdienst – ich hatte letztens gerade auch mit dem leitenden Sozialarbeiter bezüglich genau dieser Problematik gesprochen – ist heillos überfordert, weil dort zwar die Kollegen in die Flüchtlingsheime hineingehen, aber sie sich letztendlich mit Händen und Füßen verständigen müssen. Das ist, glaube ich, eines der Hauptprobleme, unabhängig von dem Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz. Die würden sich, das sagte mir der leitende Sozialarbeiter noch einmal, dringend Unterstützung auch durch nichtstädtische Beratungsstellen wünschen. Aber wie, bitte? – Das schaffen wir nicht. Da brauchen wir zusätzliche Mittel und zusätzliche Personalstellen, auch von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund, die eine entsprechende Sprachkompetenz haben, die möglichst mehrere Sprachen sprechen. Da müssen dringend möglicherweise Verstärkungen erfolgen oder Denkanstöße in diese Richtung gegeben werden.

Frau Vogel fragte, ob es aktuelle Zahlen gibt, was die Auflistung von Beratungsleistungen und Prozentsatzzahlen anbelangt, welcher Proporz die einzelnen Beratungsleitungen haben. – Das ist unterschiedlich, je nach Beratungsstelle. Es gibt Beratungsstellen, die haben einen sehr hohen Ansatz der Anzahl von Schwangerschaftskonfliktberatungen bei ihren Gesamtberatungsleistungen. Dann gibt es Beratungsstellen wie wir. Wir haben ca. ein Viertel Schwangerschaftskonfliktberatungsgespräche. Die anderen gliedern sich auf in sogenannte soziale

Beratungen, psychosoziale Beratungen oder psychologische Krisenberatungen. Ich stehe hier nicht nur als Sprecherin, sondern auch als Psychologin und habe es in der Regel mit diesen komplexen, auch immer komplexer werdenden und schwierigeren Situationen zu tun. Der Proporz ist immer unterschiedlich. Das kann ich jetzt für alle auch so nicht beantworten, aber, wie gesagt, die Forderung nach aktuelleren Zahlen ist berechtigt. Da werden wir auch dranbleiben.

Inwieweit – um auf Frau Breitenbach einzugehen – diese europäische Freizügigkeit sich so ein bisschen niederschlägt: Es ist, glaube ich, von Stadtteil zu Stadtteil unterschiedlich. Ich kann nur für uns sprechen: Ja, die gibt es. Die Zahlen sind nicht so massenweise im Ansteigen, aber die sind deutlich im Ansteigen, vielleicht nicht 20 Prozent oder so. Ich habe die Prozentzahl nicht im Kopf, und die konkreten Zahlen sind dann auch von der Senatsverwaltung zu bekommen. Wir haben seit ca. vier Jahren jedes Jahr eine stetig steigende Anzahl an Familien mit Migrationshintergrund. Lichtenberg ist noch so ein bisschen außen und nicht Zentrum. Wir sind in Neu-Hohenschönhausen. Das ist schon ein bisschen fernab. Wir sind fast am Rande der Stadt. Wir haben immerhin ca. 13 oder 16 Prozent Frauen – das weiß ich jetzt nicht genau. – Ich glaube, das waren die Fragen, wenn ich mich nicht täusche.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Das würde ich auch sagen. Wir haben aber noch eine zweite Runde. Ich habe auch schon wieder Leute auf der Redeliste. Sie brauchen keine Angst zu haben, dass da irgendeine Frage verloren gehen würde bzw. eine Antwort von Ihnen. – Danke erst einmal! – Dann kommen wir zu den Fragen, die an die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales gestellt wurden. – Frau Lilienthal, bitte!

Dr. Eike Lilienthal (SenGesSoz): Danke! – Ich würde in erster Linie etwas zu dem Stellenschlüssel sagen, wobei ich die ganz konkreten Zahlen jetzt nicht dabei habe. Im Schwangerschaftskonfliktgesetz ist der Beratungsschlüssel festgelegt. Da wird von einer Beratungskraft auf 40 000 Einwohner gesprochen. Es ist schon schwierig, die genaue Einwohnerzahl, von welcher wir ausgehen, auszurechnen. Wir kommen auf Mitte 80 Berater, die wir in Berlin zur Verfügung stellen müssen. Ich möchte noch einmal ausdrücklich dazu sagen, dass das eine Mindestangabe ist, die auch noch an den Bedarf gekoppelt ist. Wenn der Bedarf nicht damit abgedeckt werden kann, müssten die Länder reagieren. Ich kann dazu noch sagen, wir hatten es erwähnt, dass einige Aufgaben in den letzten Jahren dazugekommen sind, die vertrauliche Geburt als Letztes, die Pränataldiagnostik und das Kinderschutzgesetz, die Beratung in diesem Zusammenhang. Es ist durch den Bundesgesetzgeber darauf nicht reagiert worden. Es wurden neue Aufgaben ins Gesetz geschrieben, aber der Stellenschlüssel wurde nicht angepasst, von dem wir jetzt weiter ausgehen, sodass diese Aufgaben ohne zusätzliches Personal zusätzlich dazukommen.

Ich kann das noch einmal konkret am Beispiel der vertraulichen Geburt veranschaulichen. Da haben wir nicht viele bisher in Berlin. Der letzte Stand ist acht. Es ist aber klar, dass alle Beratungsstellen dazu eine Fortbildung machen mussten. Das fällt auch in die Arbeitszeit. Es sind einige Beratungsstellen, die noch spezielle Qualifikationen erwerben mussten, denn das ist eine sehr aufwendige, sehr spezielle Sache. Die Beratungen sind sehr zeitintensiv. Es sind immer viele Beratungen, die da dranhängen. Einige Beratungsstellen haben sich darauf spezialisiert. Das sind zusätzliche Aufgaben, wo man dann sicherlich andere Beratungen wieder weniger machen kann, denn man hat ja nicht mehr Zeit. Man hat das gleiche Kontingent zur Verfügung. Das sind Schwierigkeiten, mit denen die Beratungsstellen fertig werden müssen.

Dazu war auch eine Anfrage, wir hatten darüber berichtet, wir sind jetzt bei einem Stellenschlüssel bei den freien Trägern bei 44,32. Das ist aus dem Jahr 2013. Insgesamt sind wir bei Mitte 80 mit dem Stellenschlüssel. Dazu kommen die Beratungsfachkräfte aus dem ÖGD-Bereich, die dann ein Großteil ausmachen, und einige ganz wenige, die wir aus anderen Bereichen finanzieren, aus dem IGP. Die machen aber zwei, drei Beratungskräfte aus. Wir sind – da müsste ich aber die Zahl noch einmal genau sagen – auf alle Fälle unter einer Beratungsfachkraft, die sozusagen unter dem Schlüssel bei 0,5 plus/minus liegt.

Dr. Griseldis Heß-Grützmacher (Sprecherin der Träger der Schwangerschaftskonfliktberatungen im Paritätischen Wohlfahrtsverband): Darf ich Sie ergänzen, Frau Lilienthal, weil ich die Zahlen zufällig dabei habe? – Es ist bereits im Jahr 2013 festgestellt worden, das 0,78, so gesehen diese fast eine Vollzeitstelle fehlt. Wie das für 2014 ist, ist noch nicht ganz klar. Das ist also die aktuellste Zahl. Das ist sozusagen die Zahl, dass die Zahl der notwendigen und per Gesetz vorgeschriebenen Beratungsfachkräfte unterschritten wird. – [Dr. Eike Lilienthal (SenGesSoz): Die Zahl ist von mir, nur, um es zu erläutern!] – Genau!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Wir müssen das protokollieren, und dieser Dialog geht eigentlich nicht. Ich muss Sie darauf hinweisen, dass die Redebeiträge immer hintereinander sein sollen. Wir kommen aber noch in eine zweite Antwortrunde, auf die ich Sie gerne verträsten möchte. Behalten Sie den Gedanken, behalten Sie die Zahl, Sie kommen noch dran. – Jetzt ist die andere Senatsverwaltung dran. – Bitte, Frau Senatorin Kolat!

Bürgermeisterin Dilek Kolat (SenArbIntFrau): Sehr gerne! – Ich denke, dass durch die Stellungnahme der Gesundheitsverwaltung deutlich geworden ist, dass das Problembewusstsein da ist. Wir bleiben einmal bei der Arbeitsteilung. Herr Freiberg hat darauf hingewiesen, dass der Senat erst einmal einen eigenen Haushaltsplanentwurf erarbeitet. Sie können immer gerne zwischendurch nachfragen, aber Sie werden keine Auskunft bekommen, weil das nun einmal die Arbeitsteilung ist. – [Hakan Taş (LINKE): Dann muss man ja nicht danach fragen, wenn man keine Antwort bekommt!] – Wenn der Senat dann einen Haushaltsbeschluss beschlossen hat, dann ist der Haushaltsgesetzgeber, das Parlament, dran, die Ergebnisse zu würdigen und am Ende das Haushaltsgesetz zu verabschieden.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Dann kommen wir in die zweite Frage- und Antwortrunde. – Frau Breitenbach, bitte!

Elke Breitenbach (LINKE): Berlin ist eine internationale und bunte Stadt. Viele Frauen werden die Leistungen in Anspruch nehmen und brauchen Beratung. Nicht alle können Deutsch, man braucht also eine muttersprachliche Beratung. Daher war ich jetzt tatsächlich ganz baff, Frau Senatorin, über die Aussage, dass die Beratungsstellen den Gemeindedolmetschdienst nicht mehr nutzen können. Meine Frage an Sie beide ist: Warum eigentlich nicht? Dass der reduziert ist, weiß ich, aber warum geht das denn jetzt gar nicht mehr?

Vorsitzende Anja Kofbinger: Danke schön! – Herr Reinhardt, bitte!

Fabio Reinhardt (PIRATEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich wollte nur ganz kurz anschließen. Sie sind auf die Situation von Flüchtlingen in Unterkünften eingegangen und die Beratung, die in Kooperation mit den Unterkünften läuft. Sie hatten die Einrichtung Rhinstra-

ße angesprochen, die eine Erstaufnahmeunterkunft ist. Die sind personell etwas besser ausgestattet, und da gibt es sicherlich auch teilweise die Möglichkeit, Beratungsangebote oder Betreuungen durchzuführen, die so in anderen Unterkünften nicht möglich sind. Was mich konkret interessieren würde, wäre, ob es Kooperationen mit anderen Unterkünften gibt bzw. sehen Sie die Möglichkeit, dass man dort vielleicht besser auf die Angebote aufmerksam machen kann, z. B. durch Informationsmaterial? Gäbe es da irgendwelche konkreten Schritte, die Sie empfehlen würden? Wie funktioniert dieser ganze Komplex insgesamt, dass auch Flüchtlinge von Ihnen beraten werden können? Sie hatten gesagt, das läuft letztendlich ganz normal. Der rechtliche Status ist dafür nicht besonders relevant. Gibt es da sonst irgendwelche Einschränkungen, die man beachten müsste oder mit denen wir uns noch einmal beschäftigen könnten?

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Herr Reinhardt! – Herr Freiberg, bitte!

Michael Freiberg (CDU): Danke! – Ich muss gestehen, dass ich auf die Fragen, die Herr Isenberg gestellt hat, im Konkreten nicht so richtig eine Antwort erfahren habe. Das muss ich einfach zur Kenntnis nehmen. Das bitte ich aber einfach einmal nachzuarbeiten. Das heißt also, die konkreten Fragen sind für mich nicht konkret beantwortet worden. Das heißt aber natürlich, wenn ich sage, ich habe Bedarfssituationen, dann meine ich weniger Sie. Aber ich stelle auch fest, die Aktualität der Zahlen ist schon nicht unwichtig, wenn man sich darstellt und dann letztendlich den Stand von 2012 vorträgt. Aber auch bei der Senatsverwaltung halte ich das natürlich für erforderlich, zu wissen: Wie ist das Soll? Wie ist das Ist? Wenn ich höre, das mag sein, der Schlüssel 80, entsprechende Beratungsstellen stehen zur Verfügung, in einer Gesamtheit von Angebotsstrukturen, die im Land Berlin ohne Weiteres vertreten sind, würde ich gerne wissen: Sind wir nun bei 80 oder nicht? Das muss irgendwo dargestellt werden. Man hat natürlich nicht sein gesamtes Büro bei sich, das ist auch klar. In der digitalen Welt wird es einfacher. Es geht mir nicht anders. Ich verlasse mich auch weitestgehend auf meinen Kopf. Das würde ich schon ganz gerne nachgearbeitet wissen. Wo sind wir denn nun eigentlich? Herr Isenberg ist mir ein sehr geschätzter Fachpolitiker. Ich bin in einem anderen Ausschuss. Aber wenn wir als Abgeordnete wissen wollen, wo müssen wir hin, dann muss ich natürlich die Ausgangslage kennen, und die kenne ich nicht. Das bitte ich im eigenen Interesse nachzuarbeiten, denn sonst kann nichts rauskommen.

Ansonsten, was ich auch interessant fand, war die Frage der Aufgaben. Da haben Sie vollkommen recht. Die Beratungsstellen, die mir bekannt sind, und das nicht nur in Neukölln, sondern darüber hinausgehend, haben in allen Bereichen ihren Fachbereich, den sie vertreten, also Konflikt- und Schwangerschaftsberatung auf der einen Seite, aber sie haben zunehmend auch andere Bereiche. Da schätze ich die Arbeit des DPW außerordentlich, dass man nicht sagt: Ich habe eine bestimmte Zuständigkeit, Ende, Aus, das mache ich nicht, sondern dass man weitergeht. So habe ich auch Herrn Isenberg verstanden. Das würde mich interessieren. Wie ist denn die Aufgabenzuordnung einzuschätzen? Nicht auf ein Prozentanteil, 1 Prozent treffsicher, aber das man sagt: Ich mache ein Drittel, und das hatten Sie gesagt, ungefähr 25 Prozent, so haben ich Sie verstanden, round about. – [Dr. Griseldis Heß-Grützmaker: Bei uns!] – Ja, 25 Prozent round about ist bei Ihnen ist der Bereich Schwangerschaftskonfliktberatung. Jetzt muss man natürlich sehen, Sie haben monatliche Schwankungen. Das muss man immer aufs Jahr legen. Bei den Flüchtlingen haben wir z. B. das Problem von jährlichen Schwankungen, gleichwohl Gesamtzahlen, aber die anderen Bereiche, soziale Beratungsleistungen, sicherlich auch psychosoziale Beratungsleistungen. Das ist aber alles im Beratungs-

netz, das wir in Berlin ganz vernünftig haben, eigentlich vom Grundsatz her. Das ist natürlich irgendwo anders auch vertreten.

Jetzt muss man auch fair sein in der Anbieterstruktur des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der auch überlastet ist, bei Zunahmen von Fällen umso mehr, wie wir alle auch, das ist normal. Wie ist die Angebotsstruktur? Kann die Stadt auf die Sorgen und Nöte der Menschen reagieren? Dafür brauchen wir aber Zahlen, verlässliche Zahlen. Und dann sage ich: Okay, Sie nehmen als DPW-Einrichtung bestimmte Aufgaben wahr. Der ÖGD nimmt bestimmte Aufgaben wahr. Wir haben den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, der noch spezielle Aufgaben wahrnimmt, und wir haben natürlich auch die kirchlichen Einrichtungen. Die will ich nicht ausschließen, selbst wenn es bei der Schwangerschafts- und Konfliktberatung unterschiedliche Sichtweisen gibt. Das nehme ich hin. Aber Sie haben natürlich wiederum auch Aufgaben im Bereich der sozialen und psychosozialen Tätigkeit, die Sie wahrnehmen. Das würde ich gerne etwas konkreter wissen. Wir bewegen uns hier in einer eher abstrakten Form, die ich aber nicht richtig bewerten kann. Vielleicht ist es möglich, mir das zu konkretisieren. Man hat auch die Chance, das in einem anderen Ausschuss zu machen oder auch nachzureichen. Das wäre sehr hilfreich. – Danke, Frau Vorsitzende, für Ihre Geduld!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Immer wieder gerne, Herr Freiberg! – Zum Schluss, Frau Bayram, bitte!

Canan Bayram (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Wir haben zwar noch einen eigenen Besprechungspunkt zu den Frauen, die auf der Flucht sind und die besonderen Bedarfe, die sich dabei ergeben und die vom Land Berlin organisiert werden sollten, in dem Kontext müssen wir das, glaube ich, auch noch mal behandeln, aber mich würden Ihre Erfahrungen interessieren. Haben Sie den Eindruck, dass die bestehenden Beratungsstellen für die Bedarfe ausreichen, die insbesondere Frauen haben, die, das wissen wir, immer wieder auch im Krieg vergewaltigt werden, wo es teilweise als eine Kriegsmethode angewandt wird, also die mit einer ganz anderen Belastung vielleicht kommen als die, die sonst in Berlin bekannt sind, die teilweise ihre Familienangehörigen, hauptsächlich den Ehemann oder den Vater verloren haben, die teilweise einzeln mit Kindern kommen und in den Unterkünften sind, wie sie sind? Es ist eine Mehrfachbelastung, der die Frauen ausgesetzt sind.

Dann natürlich: Herr Freiberg hat die kirchlichen Einrichtungen erwähnt. Es sind aber sehr viele muslimische Frauen, die kommen, die natürlich einen anderen Gewissenskonflikt bei der Fragestellung haben. Wie gut fühlen Sie sich da ausgestattet, oder wo meinen Sie, müsste vielleicht von der Politik eine Unterstützung an die Einrichtung gegeben werden, damit sie den veränderten Aufgaben auch gerecht werden können?

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Bayram! – Damit ist meine Redeliste abgearbeitet. Wir kommen also in die zweite Antwortrunde. – Ich möchte Ihnen wieder das Wort geben, Frau Dr. Heß-Grützmaker.

Dr. Griseldis Heß-Grützmaker (Sprecherin der Träger der Schwangerschaftskonfliktberatungen im Paritätischen Wohlfahrtsverband): Es sind teilweise Fragen, die ich hier an der Stelle nicht oder nur sehr ungenügend beantworten kann, da mir konkrete Zahlen hier nicht zur Verfügung stehen und ich auch nicht für die anderen Beratungsstellen oder die statistischen Erhebungen der Senatsverwaltung Aussagen machen kann. Das ist einfach so. Da muss

möglicherweise etwas nachgearbeitet werden, besonders bei Ihren Fragen, Herr Freiberg, weil Sie das ja sehr interessiert. Das kann ich hier nicht sagen. Diese Zahlen habe ich hier nicht parat.

Frau Breitenbach fragte nach dem Gemeindedolmetscherdienst. – Es war bis vor wenigen Jahren so, dass wir das mit einem geringen Obolus von 5 Euro, den teilweise die Frauen und Männer bezahlen konnten, teilweise haben wir das auch übernommen, das war, glaube ich, nicht immer so rechtens nach Haushaltsrecht, nutzen konnten. Das ist, da weiß ich jetzt nicht den genauen Zeitpunkt, weggebrochen, und das sind jetzt ganz normale Leistungen, die mit erhöhten Kosten verbunden sind, die die zu beratenden Frauen auch nicht bezahlen können. Das ist jetzt der Punkt, denn ich kann nicht auf der einen Seite Stiftungsgeld beantragen und auf der anderen ganz viel Geld für Dolmetscherleistungen ausgeben. Also es wird schwierig. Es wird sicher noch Bedarf geben, mit der Senatsverwaltung darüber zu sprechen, inwieweit diese Leistungen durch ganz normale Dolmetscherdienste in Anspruch genommen werden können, abrechenbar sind etc. pp. Wir als Beratungsstelle Lichtenberg, ich hatte es schon angedeutet, sind ein bisschen am Rande der Stadt. Wir haben nicht so ganz die hohen Migrationszahlen. Deswegen haben wir es nicht so häufig mit diesen Situationen zu tun. Wir haben sehr viele vietnamesische Frauen und Männer. Die können inzwischen relativ gut Deutsch bzw. bringen dann jemanden mit, der dolmetscht. Die organisieren sich in ihrer Community relativ häufig. Darüber sind wir nicht immer glücklich, das möchte ich natürlich auch dazu sagen, wenn z. B. die große Schwester mitkommt. Das verletzt die Anonymität, Fachlichkeit etc. pp. Aber wie wollen wir es machen? – Manchmal haben wir telefonischen Kontakt mit jemandem, wenn uns das zu heikel erscheint. Da müssen wir immer sehr individuell reagieren. – [Zuruf] – Ja, das ist total sensibel, und da bin ich auch nicht glücklich mit einzelnen individuellen Situationen. Wir haben natürlich in den Beratungsstellen auch Sprachkompetenzen. Ich selber spreche Russisch relativ gut, und kann zumindest die Schwangerschaftskonfliktberatung auch in Russisch durchführen. Es gibt Beraterinnen, die können das in Englisch tun. Wir haben durchaus bei den Beraterinnen entsprechende Kompetenzen auch vor Ort. Wir müssen nicht immer auf Externe zurückgreifen. Das geht mal mehr, mal minder gut, und wir müssen uns auch immer vergewissern, dass das Anliegen auch rüberkommt. So gesehen, wird es ab und zu ein bisschen heikel. – Das vielleicht ganz grob dazu.

Was Ihre Anfrage zu den Flüchtlingsunterkünften und Kooperationsgeschichten anbelangt, bräuchte ich eine Kollegin, die sich mehr mit sozialrechtlichen Dingen auskennt. Ich stehe hier zwar als Leiterin der Beratungsstelle und als Psychologin, kenne mich selbstverständlich im Großen und Ganzen mit den gesetzlichen Dingen aus, ich will mich jetzt aber nicht zu weit vorwagen, was Ansprüche von Flüchtlingen nach dem Asylbewerbergesetz oder so anbelangt, welches Ausmaß an Beratungen oder Antragstellungen möglich ist. Das weiß ich jetzt schlicht nicht. Das kann man nachreichen und noch einmal befragen.

Wir versuchen, so gut es geht mit einzelnen Flüchtlingsunterkünften zu kooperieren, uns fehlt aber schlichtweg die Zeit, dieses zu tun. Das ist meistens die Aufgabe des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Den KJGD hatte ich vorhin schon angesprochen. Die sind heillos überlastet. Da muss es mit Sicherheit personelle Verstärkung geben. Das werden hoffentlich die Kolleginnen und Kollegen dort auch über ihre entsprechenden Strukturen des öffentlichen Gesundheitsdienstes annonciert haben. Was wir hören ist: Wenn ihr irgendeine Kapazität habt, helft uns. – Aber wir können es nicht. Wir können es nicht leisten, denn es ist natürlich aufsuchende Arbeit. Wir müssen hingehen. Wir müssen uns mit den Frauen oder Familien beschäf-

tigen. Wir müssen ganz viel Zeit aufwenden, sie in irgendeiner Weise zu vernetzen und an die entsprechenden Ansprechpartner zu binden. Das geht mit dem personellen Schlüssel, den wir jetzt haben, nicht. Zumindest kann ich das für unsere Beratungsstelle dezidiert sagen.

Es ist so, dass sich unser Träger sehr wohl Gedanken darüber macht, wie Flüchtlingsarbeit unterstützt werden soll und wie wir Kapazitäten durch Drittmittel, eventuell „Aktion Mensch“ oder was auch immer, akquirieren können. Da gibt es jetzt Bestrebungen, und das geht auch in die Richtung, in die Sie gefragt haben. Diese Herausforderung mit den wachsenden Flüchtlingszahlen in Berlin ist eine Zukunftsaufgabe für uns, der wir uns stellen müssen. Ich kann jetzt überhaupt noch nicht sagen, wie sich das gestalten wird. Ich kann nur sagen, dass wir in unserer Beratungsstelle nicht in der Lage sind, diesen erheblich zusätzlichen Bedarfen, die sich auch für uns ergeben, denn auch in Lichtenberg wird ein weiteres Flüchtlingsheim gebaut, gerecht zu werden. Das ist absehbar. Diese Aufgabe ist eine gigantische. Wir haben das sehr wohl im Blick, aber uns sind ein bisschen die Hände gebunden, weil wir wenig reagieren können. Das ist eine sehr anspruchsvolle und andere Arbeit.

Wenn ich die Arbeit mit traumatisierten Frauen anspreche, dann ist das noch mal eine ganz andere Liga. – [Zuruf von Fabio Reinhardt (PIRATEN)] – Es ist so, dass der KJGD, mit dem wir sehr eng zusammenarbeiten in Lichtenberg, unsere Materialien, unsere Flyer, unsere Angebote immer im Paket hat. Die machen die sogenannten Erstgeburten-Hausbesuche natürlich auch in den Flüchtlingsunterkünften, und je nach sprachlichen Möglichkeiten der Verständigung wird es immer angeboten und darauf hingewiesen. Wir telefonieren auch: Können wir eine Frau schicken? Das läuft über einen sehr guten Kontakt mit dem öffentlichen Gesundheitsdienst. Das ist über Jahre wunderbar gewachsen. Aber wir beide, quasi vonseiten der öffentlichen und der freien Träger, sind mit dieser Situation auch ein Stück weit überfordert, weil wir nicht wissen, wie es sich entwickelt und wie wir darauf konkret reagieren müssen.

Um noch einmal diese therapeutisch traumatisierte Ebene anzusprechen: Ich habe selber gerade zu jemandem Kontakt bekommen, der traumatisiert ist, der also Kriegserlebnisse in Afghanistan hatte, und bin gerade dabei, zusammen mit der Familienhelferin, die auch in dieser Familie eingebunden ist, wo die Deutschkenntnisse allerdings relativ gut sind, einen Anknüpfungspunkt, einen Ansprechpartner zu finden. Ich mache erst einmal eine Krisenbegleitung, bis jemand gefunden ist, der noch tiefer reingehen kann. Das ist auch damit gemeint, wenn wir von Krisenbegleitung sprechen. Da müssen wir im Einzelfall einfach immer schauen: Was ist leistbar und was nicht?

Herr Freiberg hatte noch einmal auf die Zahlen hingewiesen. – Ja, das ist so. Das nehme ich jetzt auch so zur Kenntnis, wobei die sich in bestimmten Bereichen nicht verändern werden. Da bin ich ganz optimistisch, dass sich da keine großartigen Veränderungen in positiver Hinsicht abzeichnen. Was die Angebote oder die Spezifik unseres Angebots in Ergänzung zu den anderen – so hatte ich Ihre Anfrage verstanden – anbelangt, so können wir natürlich nicht alle Fragen, die die Familien in dieser Stadt bewegen, beantworten. Wir haben unser Schwangerschaftskonfliktgesetz. Das eröffnet uns einige Möglichkeiten der Beratung, und es eröffnet oder zeigt uns zugleich auch die Grenzen auf. Wir haben uns im Arbeitskreis der Schwangerschaftsberatungsstellen des DPW darauf verständigt, dass wir Familien mit Kindern bis zu drei Jahren begleiten und ihnen auch ein Angebot machen. Wir gucken z. B. immer sehr genau als Psychologinnen, als Sozialarbeiterinnen: Wo ist unsere Aufgabe der Vernetzung? Wo können wir Frauen zur Erziehungs- und Familienberatungsstelle schicken, zur Suchtbera-

tungsstelle, zu allen Beratungseinrichtungen, die dieses Land vorhält, gut vorhält, mal mehr, mal minder sicherlich? Das ist unser Job, auch zu schauen: Was können wir nicht leisten? Was sprengt den Rahmen unserer gesetzlichen Pflichtaufgaben, denen wir nun einmal in allererster Weise genügen müssen? Wo können wir sinnvolle Vernetzungen hinbekommen? Das klappt mal mehr und mal minder, aber das haben wir selbstverständlich im Blick.

Es ist so, dass in dieser Stadt auch unterschiedliche Beratungsstellen arbeiten, die nicht nur Schwangerschaftskonfliktberatung machen, sondern Ehe-, Familien- und Lebensberatung. Beratung und Leben z. B. ist ein großer Träger, der die ganze Palette anbietet. Er bietet Schwangerschaftskonfliktberatung, Schwangerenberatung, Familienberatung, Erziehungsberatung an. Da gibt es die unterschiedlichsten Konstrukte. Sogenannte reine Beratungsstellen gibt es nicht so viel. Wir sind immerhin schon mal fünf. Dann gibt es noch das Studentenwerk. Die Liste habe ich dabei. Das sind sehr wenige, und die anderen arbeiten kombiniert. Das macht auch ganz viel Sinn, und mit ihnen zusammenzuarbeiten, in städtischer oder nicht-städtischer Trägerschaft, ist selbstverständlich auch unser Job. Wir sind niemand, der alles macht, der alles kann, der alles möchte – auf keinen Fall. Und wie ich schon kurz ausgeführt habe, stoßen wir sehr schnell, auch aktuell an unsere Grenzen inhaltlicher und fachlicher, aber auch personeller und finanzieller Art. – War das in etwa das, auch ohne konkrete Zahlen?

Vorsitzende Anja Kofbinger: Danke schön! – Dann haben wir noch zwei Menschen, die unbedingt antworten wollen. – Frau Dr. Lilienthal, bitte sehr, zu den Zahlen!

Dr. Eike Lilienthal (SenGesSoz): Die Zahlen liegen selbstverständlich vor. Ich habe sie leider nicht eingepackt. Ich hatte sie Frau Heß-Grützmaker aktuell noch einmal zugesandt. Ich kann Ihnen die Zahlen zum Stellenschlüssel gerne nachreichen.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Zum Schluss noch einmal die Senatorin, bitte!

Bürgermeisterin Dilek Kolat (SenArbIntFrau): Ich wollte Ihnen noch einmal zu dem Sachverhalt Gemeindedolmetscherdienst mitteilen: Sie haben das vorhin etwas schärfer formuliert, dass Ihnen das überhaupt nicht zur Verfügung steht. Da habe ich, ehrlich gesagt, einen Schreck bekommen. Das darf natürlich nicht sein, weil der Sprache der Schlüssel ist, damit geflüchtete Menschen Ihre Dienstleistungen, und das, was Sie dort anbieten, auch nutzen können. Ich nehme aber Ihre weiteren Ausführungen, in denen Sie das etwas relativiert haben, auf jeden Fall mit und werde das mit meinem Kollegen Herrn Czaja erörtern. Der nächste Tagesordnungspunkt ist auch genau zu diesem Thema. Dass beim Gemeindedolmetscherdienst aufgrund der zunehmenden Zahlen der geflüchteten Menschen natürlich die Anforderungen eher steigen und das auch Unterstützung, was Ihre Arbeit angeht, sehr wichtig ist, das nehme ich auf jeden Fall aus der Anhörung mit in den Senat. – [Elke Breitenbach (LINKE): Aber wie viel kostet es denn?] –

Vorsitzende Anja Kofbinger: Frau Breitenbach! Das hat jetzt wenig Sinn, weil das mit den Kosten jetzt nicht konkret zu beantworten ist, und wir sind eigentlich am Ende dieser Anhörung. – [Elke Breitenbach (LINKE): Das ist Integration!] – Es gibt ja noch das scharfe Schwert der Opposition, die Schriftliche Anfrage, und da kann man dann vielleicht auch einiges an Antworten bekommen. – Ich möchte mich ganz herzlich bei Frau Dr. Heß-Grützmaker bedanken, dass Sie hier über eine Stunde lang uns Rede und Antwort gestanden habe. – Vielen Dank!

Ich bedanke mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales, die hier auch nicht nur dabei gesessen haben, sondern auch ganz aktiv gefragt haben. Es ist klar, dass Sie federführend sind. Das heißt, wir werden uns wahrscheinlich noch einmal in Ihrem Ausschuss wiedersehen. Die Besprechung wird nicht abgeschlossen, sondern bis zur Vorlage des Wortprotokolls vertagt. Ich bin sicher, dass wir sehr intensiv in Kontakt bleiben werden. Damit verlassen wir den Tagesordnungspunkt 2.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/1284

Frauen und Mädchen auf der Flucht – In Berlin und bundesweit besser schützen

[0143](#)

ArbIntFrau

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/0840

Gesetz zur Änderung des Landesgleichstellungsgesetzes

[0111](#)

ArbIntFrau

Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 17/0839

Gleichstellung in Beteiligungsunternehmen sichern

[0110](#)

ArbIntFrau

Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
„BerlinArbeit“ konkret – hier: Berufliche Bildung
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke sowie der Piratenfraktion)

[0070](#)

ArbIntFrau

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 11. April 2013

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.